

**Arbeitstagung
der CSU-Landtagsfraktion
am 12. bis 14. Januar 2026
in Kloster Banz**



**„Vereinbarkeit von Familie und
Kommunalpolitik verbessern“**

1 Kommunalpolitik ist die Schule der Demokratie und damit Grundlage unserer
2 demokratischen Ordnung. Kommunale Verantwortungsträgerinnen und -träger sind für
3 unsere Bürgerinnen und Bürger die ersten Ansprechpartner des Staates: Sie prägen
4 das Vertrauen in staatliche Institutionen, sie vermitteln politische Entscheidungen und
5 sie tragen Verantwortung, die weit in den Alltag der Menschen hineinreicht.
6 Gleichzeitig lebt Kommunalpolitik von Nähe, Ansprechbarkeit und Präsenz. Die starke
7 Bürgernähe macht das Engagement wertvoll für unser Gemeinwesen, erfordert aber
8 von den kommunalpolitisch Engagierten einen erheblichen zeitlichen Einsatz.

9 Gerade für junge Frauen und Männer stellt das eine besondere Herausforderung dar.
10 Hohe Präsenzansforderungen, regelmäßige Sitzungen, kurzfristige Einladungen und
11 repräsentative Aufgaben lassen sich vielfach nur schwer mit Betreuungspflichten,
12 Familienalltag und beruflichen Verpflichtungen vereinbaren. Aber auch Frauen und
13 Männer, die beispielsweise Pflegebedürftige betreuen, sehen sich besonderen
14 Herausforderungen gegenüber. Gleichzeitig brauchen Kommunen dringend
15 engagierte Frauen und Männer aller Generationen, um die demokratische Vielfalt und
16 Stabilität vor Ort zu sichern.

17 Aktuelle öffentliche Debatten und konkrete Erfahrungen aus der kommunalen Praxis
18 zeigen, dass die Vereinbarkeit von Familie und kommunalpolitischem Engagement
19 weiter verbessert werden muss. Gerade in sensiblen Lebensphasen – etwa rund um
20 Schwangerschaft, Geburt oder Pflege – stoßen die bestehenden
21 Rahmenbedingungen an ihre Grenzen. Ziel muss es sein, praxistaugliche
22 Unterstützungs- und Entlastungsmöglichkeiten weiterzuentwickeln, die kommunales
23 Engagement ermöglichen, ohne den Wählerwillen oder die Funktionsfähigkeit der
24 kommunalen Gremien zu beeinträchtigen. Dabei ist klar: Vereinbarkeit betrifft Frauen
25 und Männer gleichermaßen.

26 Gerade in einer Zeit wachsender Systemkritik in Teilen der Gesellschaft sind
27 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker für unsere Bürger die ersten
28 Vertrauenspersonen des Staates. Gute Vereinbarkeit stärkt daher nicht nur einzelne
29 Mandatsträger, sondern sorgt auch für demokratische Stabilität. Unser Ziel ist es,
30 moderne Rahmenbedingungen für kommunales Engagement zu schaffen, um die
31 Teilhabemöglichkeiten am politischen Betrieb auch für Menschen mit kleinen Kindern
32 oder pflegebedürftigen Angehörigen zu erweitern und kommunalpolitisches
33 Engagement generell möglichst attraktiv und praktikabel zu gestalten.

35 **1. Herausforderungen klar benennen**

36 Kommunale Ämter sind mit einer hohen Verantwortung und intensiver persönlicher
37 Präsenz verbunden. Sie verlangen Dialogbereitschaft, Verlässlichkeit und ein hohes
38 Maß an zeitlicher Flexibilität. Diese Anforderungen sind hoch – und sie steigen weiter.

39 Besonders Frauen sind in der Kommunalpolitik deutlich unterrepräsentiert.
40 Regelmäßige Abendtermine, unvorhersehbare Einsatzzeiten, Veranstaltungen am
41 Wochenende oder fehlende Rückzugsräume können im kommunalpolitischen Alltag
42 oft zu Belastungen führen. Eine moderne Demokratie darf diese Herausforderungen
43 nicht ignorieren: Wer kommunales Engagement stärken will, muss auch die
44 Vereinbarkeit von Familie und Kommunalpolitik ermöglichen.

45 Dabei tragen wir der hohen Bedeutung des Rechts auf kommunale Selbstverwaltung
46 Rechnung, wollen Anreize setzen statt Vorgaben zu machen und möchten die
47 Entscheidungsverantwortung möglichst dort belassen, wo sich die Entscheidungen
48 auch unmittelbar auswirken. Nicht umsonst betont die Bayerische Verfassung in Art.
49 11 Abs. 4, dass die Selbstverwaltung der Gemeinden dem Aufbau der Demokratie in
50 Bayern von unten nach oben dient.

51 **2. Was Bayern bereits getan hat**

52 In den vergangenen Jahren wurden bereits wichtige Fortschritte erzielt. Mit den
53 kommunalrechtlichen Änderungen ab dem Jahr 2021 und ihrer Verstetigung in den
54 Folgejahren hat der Freistaat Bayern die rechtlichen Voraussetzungen für hybride
55 Sitzungsformate und digitale Formen der Ratsarbeit geschaffen. Kommunale
56 Mandatsträgerinnen und Mandatsträger können seither unter klar definierten
57 Voraussetzungen auch per Ton-Bild-Übertragung an Sitzungen teilnehmen. Dadurch
58 sind moderne Arbeitsweisen und erste Elemente familienfreundlicher Sitzungskulturen
59 in den Kommunen möglich geworden. Viele Gemeinden nutzen diese Spielräume
60 bereits, um Sitzungszeiten verlässlicher planbar zu gestalten und insbesondere
61 Mandatsträgerinnen und Mandatsträger mit Betreuungs- oder Pflegeaufgaben zu
62 entlasten.

63 Auch mit der Kommunalrechtsnovelle 2023 wurden wichtige Anpassungen
64 vorgenommen, um den Einstieg in die Kommunalpolitik zu erleichtern und attraktiver
65 zu machen. Insbesondere durch die neu geschaffene Möglichkeit, mandatsbedingte
66 Betreuungskosten zu erstatten, wurde die Vereinbarkeit von Familie und kommunalem
67 Mandat deutlich verbessert.

68 **3. Unterstützungsstrukturen weiterentwickeln**

69 Doch das reicht noch nicht. Der Freistaat Bayern setzt sich dafür ein, kommunales
70 Ehrenamt und damit kommunale Ämter und Mandate attraktiver zu gestalten. Dazu
71 gehören praxistaugliche und flexible Lösungen, die Kontinuität sichern und gleichzeitig
72 den Wählerwillen wahren – ohne starre Ersatzmechanismen. Wir wollen Freiräume
73 schaffen, damit Kommunen solche weitergehenden Lösungen erproben können,
74 insbesondere auch durch das Instrument der Modellregionen.

75 Dazu gehören unter Beachtung des Rechts auf kommunale Selbstverwaltung in
76 eigenen Angelegenheiten insbesondere:

- **familienfreundliche Sitzungskulturen** mit planbaren, verlässlichen Zeitrahmen und einer besseren Vereinbarkeit mit unterschiedlichen privaten Lebenslagen sowie **Betreuungsmöglichkeiten** während der Sitzungszeiten,
- **hybride und digitale Teilnahmeformate**, wo sie rechtlich möglich und organisatorisch sinnvoll sind,
- **Schutz vor digitaler und persönlicher Übergriffigkeit**: Hass, Drohungen und Entgrenzung treffen kommunal Engagierte – insbesondere junge Eltern und Frauen – in besonderer Weise. Prävention, Beratung und klare Ansprechpartner sind hier notwendig,
- **klare Planbarkeit und Transparenz** bei Gremien- und Ausschusssitzungen, etwa durch strukturierte Vorabinformationen und eine stärkere Trennung von Informations- und Entscheidungsformaten,
- **die Berücksichtigung besonderer Belastungen in sensiblen Lebensphasen**, beispielsweise rund um Geburt, Pflege oder familiäre Ausnahmesituationen,
- **geeignete räumliche Rahmenbedingungen**, etwa Rückzugs- oder Stillmöglichkeiten, wo dies vor Ort leistbar ist.

Klares Ziel sollte stets sein, dass eine Mandatsniederlegung nicht die einzige Lösung sein darf, wenn familiäre Verantwortung und kommunalpolitisches Engagement zeitweise schwer miteinander vereinbar sind.

4. Verbesserung der Rahmenbedingungen durch Netzwerke vor Ort

Vereinbarkeit von Familie und kommunalpolitischem Engagement gelingt dauerhaft nur, wenn Mandatsträgerinnen und Mandatsträger vor Ort auf verlässliche Unterstützungsstrukturen zurückgreifen können. Kommunale Netzwerke sind deshalb kein „weicher Faktor“, sondern können ein wichtiger Baustein für demokratische Teilhabe und kommunale Handlungsfähigkeit sein.

Austauschformate, Mentoring-Modelle und kollegiale Unterstützungsstrukturen helfen, Belastungsspitzen abzufedern, Erfahrungen weiterzugeben und neue Mandatsträgerinnen und Mandatsträger zu stabilisieren – insbesondere in sensiblen Lebensphasen. Bestehende Initiativen wie **„Starke Kommunalpolitikerinnen braucht das Land“** der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) zeigen, wie praxisnahe Unterstützung gelingen kann, und sollten gezielt weiterentwickelt und vernetzt werden.

Dabei ist klar: Unterschiedliche Lebens- und Familienmodelle verdienen Respekt und Rückhalt. Wer Verantwortung für Familie übernimmt und sich zugleich kommunalpolitisch engagiert, stärkt unsere Demokratie. Kommunalpolitik ist Teamarbeit – sie funktioniert dann am besten, wenn Entscheidungsträger in

119 Gemeinden, Städte und Landkreise zusammenarbeiten, sich vernetzen und
120 Mandatsträgerinnen und Mandatsträger nicht alleinlassen.

121 Wenn junge Eltern ihre Mandate aus familiären Gründen niederlegen müssen, verliert
122 die Kommunalpolitik wichtige Perspektiven. Jede und jeder sollte die Chance haben,
123 politisches Engagement mit Familienaufgaben zu verbinden.

124 Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, die die Realitäten von Familien noch besser
125 ernst nehmen und gleichzeitig die demokratische Stabilität vor Ort stärken. Mit klaren
126 Unterstützungsstrukturen, familienfreundlichen Rahmenbedingungen und starken
127 kommunalen Netzwerken stellen wir sicher, dass auch in Zukunft engagierte
128 Bürgerinnen und Bürger Verantwortung übernehmen können.